

Hans Karl Peterlini über

Krise als Trumpfpass

Die Finanzkrise ist gewiss eine Herausforderung für alle europäischen Staaten. In der damit einhergehenden Rhetorik wird die Krise aber zunehmend zum Totschlagargument.

Einige Tage lang schien Südtirol vorige Woche endlich seine Bestimmung gefunden zu haben, irgendwie doch der Nabel der Welt zu sein: die Wirtschaftsgrößen Europas waren zu einem Gipfel in Bozen geladen, viele kamen, wenn auch die allerwichtigsten wegen dringender echter Krisengipfel anderswo nicht. Diese Initiative, die stark auf Einsatz, Netzwerke und Geschick des Südtiroler Industriellenpräsidenten Stefan Pan zurückgehen dürfte, verdient durchaus Wertschätzung: Der Gipfel war ein Lehrstück dafür, wie die vielfach beschworene, wenig praktizierte Brückenfunktion eines so kleinen Landes wahrgenommen, genützt und umgesetzt werden kann; ob es in der Folge auch zu weiterführenden unternehmerischen Initiativen, Vernetzungen, Kooperationen, Marktstrategien, ja sogar Niederlassungen kommen wird, weil es den Teilnehmern/Teilnehmerinnen hier so gut gefallen hat, muss sich erst zeigen, ein ordentlicher Punktgewinn an Prestige und Image war der „Gipfel“ gleichwohl.

Dann folgte des Lehrstücks zweiter Akt: Die Notwendigkeit solcher Brückenleistungen, gerade angesichts der europäischen Herausforderung und der Krise, mache einen Ausbau des Bozner Flughafens unverzichtbar, andernfalls bleibe man Hinterland Europas, werde den Anschluss an die Welt verlieren, werde – so der Subtext – der Krise nicht gewachsen sein. Dass dieselben Wirtschaftskapitäne mindestens eine Stunde im Auto sitzen, wenn sie nach Mailand fliegen, ja dass das gerühmte „Davos“, zu dem wir werden sollen, auch keinen Flugplatz hat, entlarvt solche Appelle als billige Masche, um sonst schwer durchzusetzende Entscheidungen zu erzwingen.

Die Krise scheint allmählich alles zu rechtfertigen, die Krise wird in der Rhetorik zur Trumpf-Ass, die alles sticht, was lange heilig und unantastbar schien. Und vieles wird notwendig, ja sogar sinnvoll sein: die rüstigen Jungrentner, die zugleich neue Unternehmen beginnen, lasten ohne Zweifel schwer auf jenen Rentenfonds, von denen andere ein knappes Dasein im Alter fristen müssen, und viele, die mit 65 Jahren in die Rente geschickt werden, erleben es als Lebensknick; auch die schiere Unmöglichkeit, Angestellte zu kündigen, ist sicher für viele Betriebe eine Belastung und straft auch jene, die arbeiten möchten und nicht können. Aber mit dem Totschlagargument der Krise droht ein Abbau des Sozialstaates jenseits des Notwendigen und jenseits des Solidaritätspaktes, auf dem unsere Gesellschaft gegründet ist, die Herabwürdigung von sozialen Errungenschaften, um die lange gekämpft werden musste, zugunsten jenes Raubtierkapitalismus, dem wir eigentlich die Krise vorrangig verdanken.